

Vorstand Deutsches Netzwerk Wirtschaftsethik

Telefon	07433/91601
	07433/9095-0
Fax	07433/91602
	07433/9095-90
eMail	K.H.Blickle@t-online.de

Global Governance und die Unternehmungen als gesellschaftliche Akteure im Prozess der Globalisierung.

Globalisierung und Wirtschaftsethik

Nach dem Zusammenbruch des Sozialismus stellt die Marktwirtschaft im Weltmaßstab die verbleibende Option für die Gestaltung der modernen Volkswirtschaften, sowie des weltweiten Austauschs von Gütern, Dienstleistungen und Kapital dar. Gleichwohl erscheint es vielen zweifelhaft, ob mit ihr auch die globalen Probleme der Welt wie Überbevölkerung und Unterentwicklung, Umweltzerstörung und Arbeitslosigkeit gelöst werden können. Somit wird heute am Phänomen der Globalisierung das alte Spannungsverhältnis zwischen Ökonomie und Ethik wieder deutlich sichtbar.

Globalisierung bedeutet weltweites Agieren der Unternehmungen auf den Güter-, Dienstleistungs-, Kapital- und Arbeitsmärkten. Demgegenüber sind die staatlich-gesetzlichen Rahmenbedingungen immer noch national oder bestenfalls europäisch geregelt. Handel und Wirtschaft im Weltmaßstab brauchen deshalb zur Überbrückung des in ihnen angelegten Konflikts von Ökonomie und Ethik ein neues sozialökonomisches Ordnungsmodell. Dabei müssen angesichts des Versagens dirigistischer Strukturen in allen Spielarten Regelungen gefördert werden, die dem Anspruch einer "Internationalen Zivilgesellschaft" gerecht werden. Nicht der Staat, sondern Nichtregierungsorganisationen und Privatunternehmungen, v.a. die sog. Global Players, sind ethisch gefordert, wenn es darum geht, mit möglichst wenig staatlichem Dirigismus der internationalen Wirtschaft ein ethisch vertretbares Gepräge zu geben. Dies ist der große Rahmen, in dem "Good Corporate Citizenship", also bürgerschaftliches und soziales Engagement von Unternehmungen, national und international, seinen Platz hat.

Chancen und Risiken der Globalisierung

Befürworter der Globalisierung sehen in den meisten Industrie- und Entwicklungsländern unverzichtbare Chancen und große Vorteile für Produzenten und Konsumenten: Durch die größere internationale Arbeitsteilung steigen nicht nur Einkommen in Niedriglohnländern, sondern auch in denjenigen Ländern, die innovative Investitions- und Konsumgüter in hoher Qualität zu wettbewerbsfähigen Preisen anbieten können. Der Welthandel ist kein Nullsummenspiel. Er nützt allen, die daran teilnehmen, sowohl den Staaten, als auch den Konsumenten.

Diese gesellschaftlichen und individuellen Vorteile sind, so sehen es die Befürworter der Globalisierung, nur dann gefährdet, wenn Regierungen falsche ordnungspolitische Entscheidungen fällen, eine undisziplinierte Finanz- und Wirtschaftspolitik betreiben, die Entfaltung der Märkte behindern und sich weigern, althergebrachte Strukturen mit ihren destruktiven Kosten- und Steuersystemen den neuen Erfordernissen anzupassen.

Diejenigen, die der Globalisierung negativ gegenüberstehen, stellen die sozialen und ökonomischen Risiken in den Vordergrund der Argumentation:

- Wegfall von Arbeitsplätzen und sinkende Realeinkommen durch ruinöse Konkurrenz und Sozialdumping
- abnehmende Qualität der sozialen Absicherung in Industrieländern sowie
- zunehmende soziale und ökologische Rücksichtslosigkeit in Entwicklungsländern.

Der ökonomischen Globalisierung fehlen, so kritisieren die Gegner, ethische Leitplanken und eine politische Flankierung, die für die Unterordnung der wirtschaftlichen Leistung unter humane und soziale Ziele sorgen. Wirtschaftliche Globalisierung ohne die politischen Leitplanken einer globalen sozialen Marktwirtschaft könnte, so die Befürchtung, einen Rückfall in eine Art Manchester-Kapitalismus provozieren und damit eine weltweite Erosion bei sozialen und ökologischen Standards verursachen. Verschärfte soziale Assymetrien und die Beschädigung der biologischen Lebensgrundlagen wären die Folgen einer solchen Abwärtsspirale.

Globalisierung und freier Handel am Beispiel der Textilindustrie

Am Beispiel der Textilbranche, aus der ich komme, wird deutlich, daß das Phänomen der Globalisierung nicht neu ist und zum laufend stattfindenden, notwendigen Strukturwandel gehört. In Südwestdeutschland z.B. verdanken wir dieser Globalisierung ein halbes Jahrhundert Prosperität, denn etwa zur Mitte bis Ende des 19. Jahrhunderts kam die Textilbranche von England, dem Ursprungsland der Industrialisierung, auf den Kontinent. Dort machte sie aber nicht halt, sondern wanderte über Südeuropa nach Asien weiter und faßt heute verstärkt Fuß in den Ländern Osteuropas, die mit wenig Kapital, aber vielen, z.T. gut ausgebildeten Arbeitskräften ausgestattet sind. Somit sind wir heute in Mitteleuropa "Opfer" eines Prozesses, von dem wir zu einem früheren Zeitpunkt profitiert haben.

In der Bundesrepublik hat sich in diesem Prozeß die Anzahl der Betriebe und der Beschäftigten in der Textilwirtschaft von Anfang der 80-er Jahre bis heute auf etwa 1/3 reduziert. Die Importquote liegt je nach Marktsegment zwischen 70 - 90 % der Marktversorgung.

Obwohl dieser Schrumpfungsprozeß für die europäische Textilbranche mit großen Härten verbunden ist, sehe ich ihn positiv und geradezu strukturnotwendig für die Entwicklungsländer:

Anstelle von protektionistischen Maßnahmen, die diesen sowieso unaufhaltsamen Prozeß verlangsamen sollen, gilt für die Textilindustrie als einer Speerspitze der Globalisierung dasselbe wie für die Wirtschaft insgesamt: Zeitgemäße Solidarität mit der Dritten Welt und mit Osteuropa muß heute heißen, ihre Konkurrenz zu ertragen. Entwicklung in der Dritten Welt braucht mehr als alles andere den freien Welthandel in beiden Richtungen und damit v.a. die Öffnung unserer Märkte für die Produkte der Entwicklungsländer.

Die Wirtschaftsgeschichte hat gezeigt, daß der Wohlstand und die Entwicklung der Nationen in dem Maße zunehmen, wie sie in die Weltwirtschaft integriert sind. Es reicht nicht aus, Almosen zu geben. Vielmehr müssen unsere Märkte strukturell für die Produkte dieser Länder geöffnet werden. Nach Berechnungen der britischen Entwicklungshilfeorganisation "Oxfam" kosten nördliche Handelsbarrieren die Dritte Welt heute 14mal soviel wie sie an Entwicklungshilfe beziehen.

Freiwillige Sozialstandards bei der Produktion in Entwicklungsländern und deren ordnungspolitische Verankerung

Diese Forderung nach "Free Trade" stößt auf sozial motivierten Widerspruch bei Gewerkschaften und entwicklungspolitisch engagierten Organisationen, die den freien Handel an Regeln des "Fair Trade" binden wollen. In Form von Sozialklauseln in Handelsabkommen im Rahmen der WTO sollen staatliche und halbstaatliche Instrumente auf dem Weg zu einer Weltsozialpolitik etabliert werden. Hintergrund dieses Bestrebens ist die Tatsache, daß soziale Mindeststandards in vielen Produktionsländern nicht eingehalten werden. In diesem

Zusammenhang ist von "Sozialdumping" die Rede. Wir können die Augen nicht vor der Tatsache verschließen, daß unser Wohlstand z.T. mit Arbeitsbedingungen in der Dritten Welt erkaufte wird, die sozialetisch untragbar sind.

Was ist dagegen zu tun? Die Ineffizienz staatlicher Regelungssysteme im Sozialbereich ist schon auf nationaler Ebene wohlbekannt, und es gibt keinen Grund anzunehmen, daß eine Weltsozialpolitik in Form von Sozialklauseln in Handelsabkommen auf internationaler Ebene, wo die Durchsetzung noch viel schwieriger ist, besser funktionieren würde. Es wird auf absehbare Zeit keine supranationalen Institutionen geben, die quasi als Weltregierung auf globaler Ebene für eine sozialverträgliche und ökologisch nachhaltige Marktwirtschaft sorgen können. Deshalb sind alle individuellen Akteure, v.a. die berühmten global players, aufgerufen, an ihrem Ort das ihnen Mögliche zu tun, um die sozialen Produktionsbedingungen in den Lieferländern zu verbessern.

Als Vorbild aus der Unternehmenspraxis nenne ich das Beispiel des OTTO-Versandes: Mit der Einführung des SA 8000, dem ersten international auditierbaren Sozialverträglichkeitssystem, steht er für eine freiwillige unternehmensethische Selbstverpflichtung im Bereich des Wareneinkaufs, die in der Zwischenzeit bei anderen Großunternehmen der Branche Schule macht.

Das Konzept des " Social Accountability Standard 8000 " wurde in der USA von der anerkannten Nichtregierungsorganisation Council on Economic Priorities (CEP) entwickelt. Es sieht ein Managementsystem vor, das sich an die in der Industrie etablierten Qualitäts- und Umweltmanagementsysteme anlehnt (ISO 9000, ISO 14001). SA 8000 ist das erste international auditierbare Sozialverträglichkeitssystem, das auf Konventionen der ILO (International Labour Organization), der Menschenrechtsdeklaration und der UN-Konvention über die Rechte von Kindern beruht. Diese Initiative definiert die folgenden überprüfbaren Kriterien:

- Verbot von Kinderarbeit
- Verbot von Zwangsarbeit
- Gesundheits- und Arbeitsbedingungen
- Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit
- Verbot von Diskriminierung aufgrund von Rasse, Geschlecht oder Religion
- Verbot disziplinarischer Praktiken
- Entlohnung: Einhaltung von im jeweiligen Land gesetzlich festgelegter Mindestlöhne, sowie Gewährleistung sog. „living wages“
- Höchstleistungszeiten
- Managementsysteme, die eine Durchsetzung dieser Kriterien gewährleisten.

Die Mitgliedsfirmen des SA 8000 unterwerfen sich bezüglich der definierten Kriterien einer unabhängigen Kontrolle und Zertifizierung.

CEP gewann eine Reihe bedeutender Unternehmungen, weltweit tätige Beratungsunternehmen wie KPMG, sowie bedeutende NRO's und Gewerkschaften zur Mitarbeit im Advisory Board.

Das Managementsystem SA 8000 wird sich voraussichtlich als weltweiter Standard für soziale Managementsysteme durchsetzen. Schon heute haben sich weltweit Firmen, die einen Gesamtumsatz von über 100 Milliarden US\$ repräsentieren, freiwillig dem SA 8000-Standard angeschlossen.

Auf Unternehmensebene erwähne ich als weitere Beispiele für freiwillige Sozialstandards stellvertretend für andere Europas größten Schuhfilialisten, die Firma Deichmann in Essen, und die Erklärung der AVE (Aussenhandelsvereinigung des deutschen Einzelhandels) betreffend Codes of Conduct zur Gewährleistung von Sozialstandards. Im Rahmen des PPP (Privat Public Partnership)–Programms des BMZ (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) haben die Firma Deichmann und die GTZ ein Pilotprojekt auf den Weg gebracht, das die Einführung von Sozialstandards, sowie deren Auditierung und Zertifizierung in den Zulieferungsbetrieben der Firma Deichmann in Indien zum Ziel hat.

Genauso wichtig wie diese Pioniere im Unternehmensbereich scheinen mir auf der nichtstaatlichen Ebene die zivilgesellschaftlichen Initiativen entwicklungspolitischer und kirchlicher Gruppierungen zu sein, die über viele Jahre durch ihre Öffentlichkeitsarbeit und durch soziale Labellingkampagnen einen großen Beitrag zur Schaffung eines entwicklungspolitisch sensibleren Verbraucherbewußtseins geleistet haben.

Als Ausblick auf die weitere Entwicklung nenne ich neben den vorgenannten Selbstverpflichtungsinstrumenten auf der Produktionsebene auch die Initiativen auf der Nachfrageseite, die dem Konsumenten Orientierungshilfe beim Produktkauf im Hinblick auf die sozialen Bedingungen der Herstellung ermöglichen. Mit sozialen Gütesiegeln nach dem Beispiel des „RUGMARK-Labels“ wird so ein verbraucherseitiger Druck zu Gunsten sozialverträglich produzierter Waren initiiert.

Ich wage die Prognose, daß soziale Gütesiegel bei konsequentem Ethikmarketing in gleicher Weise den wirtschaftlichen Erfolg von Unternehmen fördern können wie dies beim „Blauen Engel“, dem internationalen Umweltsymbol der Vereinten Nationen, inzwischen der Fall ist.

Neue Kooperationsformen

Die Einführung, Stärkung und Verbreitung sozialer Mindeststandards in Entwicklungsländern muß in enger Zusammenarbeit von Unternehmungen, Nichtregierungsorganisationen und staatlichen Institutionen der Wirtschafts- und Entwicklungspolitik stattfinden. Auf diesem Grundprinzip der engen Zusammenarbeit von Staat und Unternehmungen baut auch der auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos am 31. Januar 1999 ins Leben gerufene Global Compact auf. Dazu Kofi Annan:

„...let's choose to unite the powers of markets with the authority of universal ideals. Let us choose to reconcile the creative forces of private entrepreneurship with the needs of the disadvantaged and the requirements of the future generations ...“.

Es ist nicht von ungefähr, daß Public Private Partnership (PPP)-Programme nach dem Beispiel des erwähnten Deichmannprojekts zu einem immer wichtigeren Instrument der staatlichen Entwicklungspolitik werden. Die dabei gewonnenen konkreten Erfahrungen sind positiv:

Im Rahmen des PPP-Programms des BMZ wurden seit 1999 mehr als 500 Entwicklungsprojekte in der Zusammenarbeit zwischen Staat und Privatwirtschaft gefördert. Dabei wurden mit 1,438 Mrd. DM an öffentlichen Mitteln über den Eigenfinanzierungsanteil der antragstellenden Wirtschaftsunternehmungen 1,414 Mrd. DM an privaten Mitteln mobilisiert. Die Skala der beteiligten Unternehmen reicht von Kleinunternehmungen bis zu Großkonzernen. Die staatlichen Beteiligungen werden über die GTZ, die KfW, Sequa, die Carl-Duisberg-Gesellschaft, ZIM (Zentrum für int. Migration) und die DEG (Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft) abgewickelt.

Fazit

- Den institutionellen Rahmen, in dem soziale Normen zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse in Entwicklungsländern anzusiedeln sind, sehe ich in erster Linie in sozialen Selbstverpflichtungsstandards der Unternehmen, die über das Minimum der in den jeweiligen Produktionsländern gültigen Praxis hinausgehen, sowie in neuen Kooperationsformen zwischen Staat und Wirtschaft im entwicklungspolitischen Bereich.
- Sollte von solchen Initiativen zur freiwilligen Einführung von Sozialstandards in Entwicklungsländern eine Breitenwirkung ausgehen, wäre dies erstens ein gelungenes Beispiel dafür, daß Globalisierung, Entwicklung und sozialer Fortschritt einander nicht zwangsläufig widersprechen und zweitens ein Beleg dafür, daß wirtschaftsethische Privatinitiative und Public Private Partnership am ehesten in der Lage sind, eine sozialverträgliche Produktion im internationalen Rahmen voranzubringen.

29. März 2001

K.H. Blickle